

Malaysische Regierung will Nichtmuslimen per Gesetz entgegenkommen

Kuala Lumpur/Malaysia, 13.04.2008/APD Die Regierung in Malaysia plant ein Gesetz, das Übertritte zum Islam neu regeln soll. Damit will sie Spannungen unter den ethnischen Gruppen des südostasiatischen Landes entschärfen. Kern der Reform wird laut malaysischen Medienberichten vom 11. April eine Verpflichtung, wonach Konvertiten ihre Ehepartner und Familien offiziell über die Annahme des Islam informieren müssen.

Mit der Reform reagiert die Regierung den Berichten zufolge auf mutmaßliche Fälle von Leichendiebstahl durch islamische Behörden. Diese hatten jeweils behauptet, der Verstorbene sei noch auf dem Sterbebett zum Islam konvertiert und müsse entsprechend bestattet werden. Klagen von Angehörigen mussten vor Sharia-Gerichten verhandelt werden und endeten stets mit einer Abweisung der Klage. Der Islam ist in Malaysia Staatsreligion.

Hindus, Buddhisten und Christen sahen vor diesem Hintergrund die Religionsfreiheit in dem südostasiatischen Land gefährdet. Im jüngsten Fall war im Januar ein Chinese nach islamischem Ritus beerdigt worden, nachdem die Familie eine Klage vor einem Sharia-Gericht verloren hatte. Obwohl der Mann geraume Zeit vor seinem Tod nach mehreren Schlaganfällen geistig und körperlich behindert war, ging das Gericht von einer rechtmäßigen Konversion zum Islam aus.

Bei den Wahlen Anfang März hatte die regierende Parteienkoalition Barisan Nasional (BN) erstmals seit 1969 ihre Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verloren. Politische Beobachter sehen darin ein Votum für eine von ethnischen und religiösen Faktoren unabhängigere Politik. Die ethnischen

Malaien genießen bei Bildung, Arbeitsplätzen und der Vergabe von Staatsaufträgen gesetzlich garantierte Privilegien gegenüber ihren chinesisch- und indischstämmigen Mitbürgern. Da die Bevorzugten per Verfassung dem Islam angehören, werfen die nichtislamischen Minderheiten der Regierung immer wieder unzulässige Förderung des muslimischen Glaubens vor.

Malaien stellen 58 Prozent der Bevölkerung, Chinesen 26 Prozent und Inder sieben Prozent. Von den rund 26 Millionen Einwohnern sind 60,5 Prozent Muslime (vor allem Sunniten), 20 Prozent Buddhisten, 9,1 Prozent Christen und 6,3 Prozent Hindus. Knapp fünf Prozent gehört chinesischen Volksreligionen an oder sind religionslos.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!